



SCHULZ, HÖFERLIN, BLUMENTHAL: Internetenquete erfolgreich abgeschlossen

SCHULZ, HÖFERLIN, BLUMENTHAL: Internetenquete erfolgreich abgeschlossen
Zum Abschluss der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft erklären die drei FDP-Mitglieder der Enquete Jimmy SCHULZ, Manuel HÖFERLIN und Sebastian BLUMENTHAL: Die wichtigsten Ergebnisse der Enquete sind aus Sicht der FDP-Bundestagsfraktion die 10 folgenden Empfehlungen. Die Internetenquete empfiehlt:
1. einen eigenständigen neuen Ausschuss "Internet und digitale Gesellschaft" im Deutschen Bundestag einzurichten. Netzpolitik ist ein Querschnittsthema und betrifft die unterschiedlichsten Lebensbereiche. Ein eigener Ausschuss ist der richtige Ort, den digitalen Wandel politisch zu begleiten. Dieser Ausschuss soll Online-Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger nutzen und ausbauen.
2. Forderungen nach dem Einsatz von Filtern zur Rechtsdurchsetzung eine klare Absage zu erteilen. Filtersysteme würden eine umfassende Überwachung jeglicher Kommunikation im Netz bedeuten und den freien Austausch von Informationen verhindern.
3. die Transparenz und Bürgerbeteiligung im Bundestag auszubauen. Das bisherige parlamentarische Verfahren soll geöffnet werden, damit zum Beispiel im Rahmen einer Konsultation eigene Stellungnahmen zu beratenen Gesetzentwürfen oder Initiativen abgegeben und im Rahmen von öffentlichen Anhörungen Fragestellungen vorgeschlagen werden können. Auch sollen alle öffentlichen Sitzungen des Deutschen Bundestages im Internet "gestreamt" und nachher online zum Abruf zur Verfügung gestellt werden.
4. die Kompetenz in dem Bereich IT-Sicherheit zu stärken, indem zum Beispiel an den Universitäten mehr und besser ausgestattete interdisziplinäre Lehrstühle für IT-Sicherheit eingerichtet werden.
5. den Breitbandausbau durch Transparenz und Wettbewerb weiter voranzutreiben. Der Breitbandausbau muss technikneutral, insbesondere in ländlichen Gebieten, beschleunigt werden, um eine bessere Versorgung für alle sicher zu stellen.
6. das Urheberrechtssystem in Deutschland zu überprüfen und zu modernisieren, beispielsweise durch eine Anpassung der Regelung der Privatkopie an das digitale Zeitalter. Das Urheberrecht soll für Kreative und Nutzer verständlicher gemacht werden.
7. die Verbreitung freier Standard-Lizenzverträge, wie das Creative Commons (CC) System, zu fördern. Hierzu sollen auch die politischen Institutionen einen Beitrag leisten, beispielsweise durch die gezielte Nutzung von CC-Lizenzen bei öffentlich-geförderten Projekten.
8. die Regelung der Bundeshaushaltsordnung zum Erwerb und Gebrauch freier Software durch die öffentliche Verwaltung zu ändern. Die öffentliche Verwaltung darf momentan Freie Software, die sie erstellt oder erstellen lässt, nicht mit der Community austauschen. Dies hat zur Folge, dass die Verwaltung von möglichen Weiterentwicklungen und Updates abgeschnitten ist und deshalb die Software erneut kostenpflichtig fortentwickeln lassen muss.
9. die deutsche Kompetenz im Bereich Internet Governance weiter zu stärken, zum Beispiel durch die Ausrichtung der Multi-Stakeholder Plattform "Internet Governance Forum" (IGF) in Deutschland. Junge Leute sollen durch Stipendien eingebunden und deren Teilnahme gefördert werden.
10. ein höheres Datenschutzniveau zu erhalten und zu fördern. Bewährte Datenschutzgrundsätze zu bewahren und auch neue Ansätze wie das Prinzip Privacy by Design bei der Entwicklung neuer Technologien mit einzubeziehen. Außerdem sollen Selbstschutz und Medienkompetenz der Nutzer digitaler Medien gefördert werden, zum Beispiel durch die Stiftung Datenschutz.
Hintergrund: Die Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft wurde im Mai 2010 eingesetzt, um die Veränderungen zu diskutieren, die die fortschreitende Digitalisierung für Politik, Wirtschaft, und Gesellschaft mit sich bringt. In 12 Projektgruppen mit über 190 Sitzungen wurden Leitlinien für den künftigen politischen Umgang mit dem Internet erstellt.
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren

brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.